

Pressemitteilung

Thema: „Flüchtlingswelle“

Eupen, den 03.09.2015

In den nächsten Tagen werden die ersten, der insgesamt 500 Flüchtlinge im Lager Elsenborn erwartet. Ministerpräsident Oliver Paasch hat alle ostbelgischen Politiker und auch viele Parteien der Zivilgesellschaft, wie beispielsweise die Gewerkschaften, die Arbeitgeberverbände, kulturelle, soziale und kirchliche Einrichtungen eingeladen, diesen Menschen ihre uneingeschränkte Solidarität zu bekunden.

Die Bewegung politisch engagierter Bürger, Vivant-Ostbelgien, möchte hierzu aber auch generell zu den Ereignissen in Sachen Flüchtlingswelle Stellung beziehen.

In den letzten Monaten hat die Anzahl der Menschen, die aus Ländern des Nahen Ostens und Afrikas zu uns kommen signifikant zugenommen. Von einer Flüchtlingswelle ist die Rede. Wobei wir angesichts der Massen, die da auf Europa zukommen auch von einem lang anhaltendem Strom sprechen könnten, denn eine Welle ebbt bekanntlich nach einer Weile ab, wobei bei der Flüchtlingsthematik niemand heute sagen kann, wie es weiter geht.

Und wenn man die Reaktionen der klassischen Politik auf nationaler und europäischer Ebene betrachtet, so bekommen wir den Eindruck, dass Europa regelrecht von einem Tsunami überrollt wird.

Aber was geschieht hier augenblicklich eigentlich? Um dies zu verstehen, müssen wir uns die Hintergründe, die Ursachen dieser Ereignisse genauer anschauen und uns einige Fragen stellen, auch wenn diese unangenehm sind. Überhaupt ist es mehr als sonderbar, dass bei all den Diskussionen rund um dieses Thema kaum jemand die Frage stellt, warum die Menschen eigentlich ihre Heimat verlassen, und wer dafür verantwortlich ist.

Warum also verlassen die Menschen ihre Heimat? Und warum sind es auf einmal so viele?

Die Lebensgrundlage vieler Flüchtlinge wurde in Ihrem Heimatland zerstört. Dabei sind dies im Nahen Osten vor allem kriegerische Konflikte, bei denen ganze Landstriche verwüstet und für lange Zeit unbewohnbar gemacht wurden.

Fraktion im PDG V.o.G.

In Afrika sind es zum Teil auch wirtschaftliche Ursachen.

Auch dort wurde die Existenzgrundlage vieler Menschen zerstört. Der letzte Ausweg für viele ist dann die Flucht nach Europa. Doch wie konnte es soweit kommen?

Nun, der Nahe Osten ist schon seit Jahrzehnten ein Konfliktherd. Die Menschen finden dort keinen Frieden. Woran liegt dies? Sicherlich spielen die Konflikte zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen dieser Region dabei eine Rolle.

Die Gründe sind aber vielschichtiger.

Uns Europäer sollte zumindest eine Tatsache zu denken geben: In zahlreichen Konflikten haben außenstehende Nationen eingegriffen. Allen voran die USA entweder im Alleingang oder mit der Unterstützung der NATO bzw. einzelner Europäischer Staaten.

Wir denken da an den Krieg in Afghanistan, den Golfkrieg, die Interventionen während des sogenannten arabischen Frühlings in Libyen und Syrien, und viele mehr.

Alle Interventionen fanden im Namen der Demokratie statt, so wurde uns erklärt.

Doch haben sie wirklich den Menschen dort gedient?

Tatsache ist, dass in eigentlich allen Ländern stabile Strukturen vorhanden waren.

Auch ging es den Menschen wirtschaftlich nicht insgesamt schlecht.

Die meisten Systeme waren Diktaturen unter denen vor allem Regimekritiker litten.

Auch dies sollte nicht verschwiegen werden. Doch trotz der vielen, oft verfeindeten, Völker und Stämme, welche in diesen Ländern leben, besaßen die Länder eine Stabilität.

Libyen war beispielsweise ein relativ fortschrittliches Land, mit kostenloser medizinischer Versorgung, einem kostenlosen Bildungssystem und einer gut funktionierenden Wirtschaft. Es war also nicht alles schlecht, wie so oft dargestellt.

Fakt ist, dass fast alle Staaten dieser Region, in denen westliche Mächte interveniert sind, heute im Chaos versinken. Die Menschen erfahren Leid in viel größerem Umfang als dies vorher der Fall war. Noch schlimmer, Ihnen bleibt oft nichts anderes übrig, als ihre Heimat verlassen zu müssen. Sie werden aus Ihrer Heimat regelrecht vertrieben. Kann dies das Ergebnis demokratischen Handelns sein? Nein! Auch deshalb nicht, weil wir alle wissen, dass Frieden nicht mit Bomben erschaffen werden kann!

Wir sind der festen Überzeugung, dass die USA und die EU eine große Mitverantwortung an den Zuständen in diesen Ländern tragen. Und somit auch an dem Vertreiben der Menschen aus Ihrer Heimat. Insofern sind die aktuellen Solidaritätsbekundungen aller europäischen Politiker eine große Heuchelei. Solidarität würde bedeuten, sich aus den Entwicklungen in den besagten Ländern heraus zu halten und bestenfalls friedliche Unterstützung anzubieten, falls diese angefragt wird.

Es ist naiv zu glauben, dass die Interventionen im Nahen Osten und während des arabischen Frühlings tatsächlich der Friedensicherung dienen.

In Afrika ist die Situation ähnlich, wenn auch teilweise andere Hintergründe eine Rolle spielen. Hier sind es noch mehr wirtschaftliche Gründe, die die Menschen zwingen, ihr Land zu verlassen. Auch hier trägt die EU eine große Verantwortung. In den letzten 2 Jahrzehnten hat sie unzählige, so genannte Freihandelsabkommen mit zahlreichen afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Ländern abgeschlossen.

Auch wenn freier Handel sich im ersten Moment gut anhört, so haben diese Abkommen mit freiem Handel nichts zu tun. Wir können diese Abkommen mit dem geplanten europäisch-amerikanischen Freihandelsabkommen „TTIP“ vergleichen. Sie sind ähnlich aufgebaut und verfolgen gleiche Ziele: Die Märkte in den Partnerländern für die heimischen Konzerne öffnen. Die geheimen Verhandlungen rund um „TTIP“ und die durchgesickerten Infos über seinen Inhalt haben in Europa viele Bürger auf die Straße gebracht. Unzählige Bürgerorganisationen laufen Sturm gegen dieses Abkommen, zu Recht.

Doch die Stimmen gegen die europäischen Abkommen mit den so genannten „Dritte Welt Ländern“ werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Fakt ist, dass durch solche Abkommen in der Vergangenheit ganze Wirtschaftszweige in den Partnerstaaten zerstört wurden. So konnte die EU-Geflügelindustrie dank eines solchen Abkommens und europäischer Subventionen ihre Geflügelreste in Ghana billiger verkaufen, als es die heimischen, meist kleinen Betriebe, vor Ort produzieren konnten. Dies führte in 2009 zur fast vollständigen Zerstörung der Geflügelindustrie des afrikanischen Landes.

Nur wenige DG-Bürger wissen, dass diese EU-Verträge auch im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft abgestimmt werden. Dies ist eine Eigenheit des belgischen Föderalismus. Seit 2004 wurden mehrere solcher Verträge vom PDG mit Stimmen der Mehrheit und einem Großteil der Opposition gutgeheißen.

Lediglich wir von Vivant haben alle Verträge abgelehnt.

Was sollen wir vor diesem Hintergrund von den jetzt geplanten Solidaritätsbekundungen halten? Wo war die Solidarität der ostbelgischen Politiker denn bei der Abstimmung im Parlament? Der alte Ministerpräsident hat dem Parlament die Zustimmung zu diesen Ausbeutungsverträgen sogar immer empfohlen! Von seitens seines damaligen Kollegen und heutigen amtierenden Ministerpräsidenten gab es keine Einwände.

Anstatt heuchlerische Solidaritätsbekundungen für die eigene Profilierung zu missbrauchen, sollten die hiesigen Politiker endlich den Mut aufbringen, diese Tatsachen offen anzusprechen und den Bürgern mitzuteilen. Und alles in ihrer Macht stehende tun, um dabei zu helfen, diese Machenschaften zu beenden. Mag sein, dass die DG-Politiker nicht viel ausrichten können. Sich dahinter zu verstecken wäre aber zu einfach und feige.

Jeder kann etwas tun, sei es noch so klein.

Solange die europäische Asylpolitik sich der Auseinandersetzung mit den Ursachen versperrt und weiter eine Außenpolitik u.a. in Afrika im Stil einer Kolonialmacht betreibt, bezeichnen wir diese Asylpolitik als gescheitert. Ganz zu schweigen vom Versagen beim Umgang mit den Flüchtlingen.

Kurzfristig muss den Menschen, die Europa erreichen, geholfen werden. Sie sollen gleichermaßen von allen europäischen Staaten aufgenommen und versorgt werden. Sie brauchen Verpflegung und ein Dach über dem Kopf. Wie mittel- und langfristig tragbare Lösungen zu finden sind, werden wir in einem späteren Beitrag thematisieren.

Dass dies nicht unproblematisch ist, darf nicht verschwiegen werden. Schon alleine angesichts der Masse an Menschen, die schon da sind und womöglich noch kommen werden, stehen wir vor großen Herausforderungen. Wir treten ein für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit den Problemen, die da auf uns zukommen. Kritische Stimmen müssen angehört werden. Viele Ängste in der einheimischen Bevölkerung sind berechtigt und sollten ernst genommen werden. Es darf kein Tabu geben.

Es kann einfach nicht sein, dass jedwede Kritik an der Flüchtlingspolitik als Rechtsradikalismus abgestempelt wird.

In einer Demokratie liegt die Macht beim Volke, zumindest wird es uns so gelehrt. Wenn aber die Ängste, Sorgen und Kritik vieler Bürger weiterhin so offensichtlich ignoriert werden, dann leben wir wohl doch nicht wirklich in einer, oder? Bevor wir also unser Demokratie-Modell in andere Länder exportieren wollen, sollten wir diese gründlich hier bei uns zu Hause überholen.

Zu der kritischen Auseinandersetzung gehören viele Fragen, die gestellt werden und auf die Antworten gefunden werden müssen. Wie viele Einwanderer können wir Bürger in Belgien aufnehmen? Dies ist nicht nur eine finanzielle Frage. Wir sollten nicht vergessen, dass die Menschen die zu uns kommen, aus einer ganz anderen Kultur stammen. Ihre Mentalität ist eine andere als die unsere. Inwiefern ist die Zuwanderung eine Bereicherung?

Oder kann sie auch zu einer Bedrohung werden?

Wir möchten darauf hinweisen, dass die Stellung der Frau in vielen Kulturen der Herkunftsländer eine ganz andere ist als bei uns. In Mitteleuropa kämpfen Frauen heute noch zu Recht für eine Gleichberechtigung. Damit meinen wir ausdrücklich nicht die Gender-Ideologie, die die Gleichheit von Mann und Frau proklamiert.

Nein, Frauen sollen beispielsweise für die gleiche berufliche Tätigkeit und Leistung den gleichen Lohn wie Männer erhalten. Dies ist leider noch lange nicht überall der Fall. Vieles wurde in den letzten Jahrzehnten verbessert, doch bleibt noch viel zu tun. Dass wir auf gesetzesebene mehr Gleichberechtigung haben, heißt noch lange nicht, dass dies auch in unseren Köpfen und somit im Alltag angekommen ist.

In vielen Ländern des Nahen Ostens und Afrikas ist Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau ein Fremdwort. Welche Auswirkungen wird die Zuwanderung auf diesen Aspekt unserer Gesellschaft haben? Wird es nicht zwangsläufig zu Konflikten kommen? Können so unterschiedliche Kulturen einander annähern? Wollen wir das? Wollen die Einwanderer das überhaupt?

Darüber hinaus wollen wir ins Bewusstsein rufen, dass Europa, ja große Teile der Welt sich in einer globalen Systemkrise befinden. Die Finanzkrise ist ein Teil davon. Schon jetzt müssen wir Bürger den Gürtel immer enger schnallen. Unser Sozialsystem ist auch ohne Zuwanderung in Gefahr. Ob Renten morgen noch ausgezahlt werden können, wird heute niemand mehr versprechen. Daran ist gar nicht mal der demografische Wandel Schuld. Misswirtschaft und ein dem Geldadel dienendes Finanzsystem verschlingen Unsummen an Steuergeldern. Ohne einen Nutzen für uns Bürger.

Logischerweise stellen Politiker, wie der NVA-Vorsitzende Bart De Wever oder die Open-VLD-Vorsitzende Gwendolyn Rutten die Frage, welches soziale Statut für die Einwanderer angemessen ist? Sollen Sie wirklich Anrecht auf alle Sozialleistungen wie die einheimische Bevölkerung haben? Ist dies der einheimischen Bevölkerung korrekt gegenüber?

Fraktion im PDG V.o.G.

Schwierige, ja unangenehme Fragen, die sicherlich kontrovers diskutiert werden.

Doch den größten Fehler, den wir jetzt begehen könnten, wäre diese Fragen nicht zu stellen und sie nicht zu beantworten. Denn viele Bürger bewegen diese Fragen und sie zu ignorieren, bedeutet das Volk zu ignorieren. Das kann nicht gut gehen.

Aber es gibt noch weitere Aspekte: Was, wenn viele Einwanderer, da sie die Unterstützung der einheimischen Bevölkerung zu schätzen wissen, gerne etwas zurückgeben wollen? Geben wir Ihnen die Möglichkeit dazu? Zurzeit verbietet der Staat den Menschen, ehrenamtlich tätig zu sein! Wie kann ein rechtlicher Rahmen dafür geschaffen werden? Welche Tätigkeiten sind möglich und wie würden diese organisiert?

Fragen über Fragen. Es gibt viel zu diskutieren, viele Antworten zu finden.

Am besten gemeinsam mit allen Betroffenen.

Langfristig muss das Ziel aber bleiben, den Menschen zu helfen in ihrem Land menschenwürdige Lebensbedingungen vorzufinden und zu erhalten. Denn die Flüchtlinge sollten sich doch nichts sehnlicher wünschen, als morgen wieder in ihre, natürlich sichere und lebenswerte Heimat zurück zu kehren. Heimat bedeutet verwurzelt zu sein, flüchten bedeutet entwurzeln. Und Entwurzelt sein führt nicht zu innerem Glück.

In diesem Sinne appellieren wir von Vivant-Ostbelgien an alle Bürger, ihre Solidarität damit zu bekunden, sich langfristig für ein Ende der Ausbeutung und der Destabilisierung der Länder des Nahen Ostens und Afrikas einzusetzen. Nur so können die Flüchtlinge in ihrer Heimat ihren Platz zurück finden bzw. behalten. Selbst wenn die persönlichen Möglichkeiten eines einzelnen Bürgers marginal erscheinen mögen, haben wir zusammen mehr Macht, als wir uns zugestehen. Die Montagsdemos in Dresden, die letztendlich zum Fall der Mauer führten, begannen auch nur mit einer Handvoll Menschen.

Und zur Erinnerung, im Parlament in Eupen wurden und werden alle EU Freihandelsabkommen abgestimmt, ein Nein aus Eupen heißt ein Nein für Belgien, und würde eine landesweite, ja europaweite Diskussion entfachen.

Bis dahin wollen wir den zugewanderten Menschen auf Augenhöhe begegnen und ihnen unsere mögliche Hilfe anbieten. Wohlwissend, dass gegenseitiger Respekt die Basis eines gesunden Miteinander ist.

Fraktion im PDG V.o.G.

Wenn jetzt Herr Paasch zu einem Zeichen der Solidarität aufruft, so darf man nicht vergessen, was der eigentliche Grund der Flucht dieser Menschen ist, und darüber muss, wie gesagt, offen gesprochen werden.

Und es ist unsere Pflicht uns gegen diese Machenschaften zu wehren.

Was die Aufnahme der Flüchtlinge in Belgien und der DG betrifft, so müssen wir darauf achten, dass die einheimische Bevölkerung nicht übergangen wird.

Somit ist es auch die Aufgabe der Verantwortlichen der Gemeinde Bütgenbach, der Regierung der DG, und von FEDASIL zuerst einen Info-Tag mit den Anwohner aus Elsenborn und den benachbarten Dörfer zu organisieren und gleichzeitig die Anwohner der beiden anderen Auffangzentren der DG, Manderfeld und Eupen, mit einzuladen, um mit den Bürgern ein offenes Gespräch zu führen, und sich deren Ängste und Sorgen anzuhören.

Bei der jetzt praktizierten Methodik fühlen sich viele Bürger, zu Recht, übergangen. Hilfe anbieten ist ein Gebot der Menschlichkeit, und dies unterstützen wir. Aber die bestehende EU-Asylpolitik, und auch die belgische Flüchtlingspolitik unterstützen wir nicht.

Die letzten Jahrzehnte haben gezeigt, dass die Integrationspolitik der klassischen Parteien auf vielen Ebenen gescheitert ist. Hier ist ein Umdenken gefordert.

Der Grundsatz sollte heißen: „Wenn Du in Rom bist, benimm Dich wie ein Römer.“

Auch hierzu werden wir in Kürze klar Stellung beziehen.

Es besteht zurzeit die reelle Gefahr, dass ein neues verstärktes politisches „Rechts-Links“ Denken in der Bevölkerung entsteht, was einen Nährboden für radikale Tendenzen in beide Richtungen bildet. Dem muss man entgegen wirken, durch sachliche Aufklärung über Hintergründe und Ursachen. Wir werden uns unsere Verantwortung stellen, und offen diese Aspekte ansprechen und versuchen durch einen entsprechenden Resolutionsvorschlag, an die föderal Verantwortlichen, diese Problematik über die Grenzen der DG hinaus zu thematisieren, und hoffen hier auf eine Unterstützung der anderen Fraktionen im PDG.

Bei der geplanten Aktion von Herrn Paasch, geht es in unseren Augen in erster Linie um politische Profilierung, auch wenn Herr Paasch versucht durch emotionale Worte, die Menschlichkeit in der Vordergrund zu stellen, so hat auch seine Partei immer und immer wieder alle EU Verträge und allen EU Freihandelsabkommen zugestimmt, Verträge welche das Leid in den Ländern der Flüchtlinge nur verstärkt haben.

Wo war da, die viel zitierte Menschlichkeit?

Es reicht in unseren Augen nicht aus, vor Ort zu gehen, und Hände zu schütteln.

Sondern Solidarität heißt auch da den Hebel anzusetzen, wo die DG weitere Möglichkeiten hat, z.B. bei der Abstimmung zu internationalen Verträgen.

Wir werden uns auch vor Ort begeben und mit den Flüchtlingen, mit Anwohnern und mit den Verantwortlichen von Fedasil ein Gespräch führen, und wir werden uns weiterhin dafür einsetzen dass im PDG und in der Öffentlichkeit die Ursachen mehr und mehr angesprochen werden, und hier ist auch eine gemeinsame Solidarität aller Parteien gefragt.

Für Vivant-Ostbelgien - Alain Mertes - Michael Balter